

Wochenblatt für Wilsdruff

Charandt, Rossen, Siebenlehn und die Umgegenden.

Amtsblatt

für die Kgl. Amtshauptmannschaft Meißen, für das Kgl. Amtsgericht und den Stadtrath zu Wilsdruff, sowie für das Kgl. Forstrentamt zu Charandt.

Druck und Verlag von Martin Berger in Firma S. A. Berger in Wilsdruff. — Verantwortlich für die Redaktion G. A. Berger daselbst.

No. 32.

Donnerstag, den 14. März

1895.

Tagesgeschichte.

Ehrung des Fürsten Bismarck durch den Kaiser. Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Kaiser, zum Geburtstag des Fürsten Bismarck mit den kaiserlichen Prinzen, den Ministern und Mitgliedern des Bundesrathes nach Friedrichsruh zu reisen, um den Fürsten zu beglückwünschen. Diese Absicht wird, wenn sie zur Ausführung kommt, das deutsche Volk mit wärmsten Dank für den Kaiser und hellstürmender Begeisterung erfüllen. Von anderer Seite wird allerdings unter Reserve, mitgetheilt, der Kaiser plane, dem Fürsten Bismarck die erbliche Fürstentwürde dergestalt zu verleihen, daß dieselbe noch bei Lebzeiten des Fürsten auf dessen Söhne übergehe. Außerdem soll Fürst Bismarck den Titel „Hoheit“ erhalten. — Bessere Nachrichten wir für inoffiziell, da das Prädikat „Hoheit“ wohl nicht gut mit dem Fürstentitel verbunden werden kann. Zudem ist Bismarck ja bereits im Besitze des Herzogstitels.

Berlin, 12. März. Im Abgeordnetenhaus ist eine Ehrung zum 80. Geburtstag des Fürsten Bismarck geplant. Die Abgeordneten Graf zu Limburg-Sturum, Dr. Graf (Eberfeld) und Freiherr von Jeditz erlassen eine Einladung an die Mitglieder der konservativen, der freikonservativen und der nationalliberalen Partei zu einer Fahrt nach Friedrichsruh am 25. März. Der Präsident des Abgeordnetenhauses v. Keller wird namens der Teilnehmer dem Reichskanzler die Gefühle der Ergebenheit zum Ausdruck bringen. Ein Extrazug wird für die Mitglieder und die Beamten des Hauses bereit stehen.

Wie der „M. Allg. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, werden die nationalgesinnten Parlamentarier am 7. April dem Fürsten Bismarck gemeinsam einen Besuch abstatten, da die geplante Ehrung im Reichstage endgültig gescheitert ist.

Der Reichstag hat am Freitag das Ordinarium des Militäretats zu Ende beraten. Auch in dieser Sitzung hat sich wieder herausgestellt, daß die Debatten weit glimpflicher verlaufen, als in den vorangegangenen Jahren. Nicht zum wenigsten dürfte dies auf Rechnung des gegenwärtigen Kriegeministers zu setzen sein. Herr v. Bronsart hat die Militärverwaltung sich richtenden Angriffe bereits im vorigen Jahre mit solchem Geschick und so glücklichem Erfolge abgelenkt, daß man sich nicht wundern kann, wenn gegenwärtig der Ton der Opposition wesentlich herabgestimmt ist. Wenn diese eine so schöne Gelegenheit zu einer großen verfassungsrechtlichen Demonstration, wie sie durch die Frage des Kommandanten zu Altona geboten war, so wie es am Freitag geschehen ist, aus der Hand gegeben hat, so ist das nur ein Beweis, daß der Kriegminister über die Kunst der parlamentarischen Taktik in einem seltener Grade verfügen muß. Um so unbegreiflicher mußte es erscheinen, daß in diesen Tagen von der Wahrscheinlichkeit eines baldigen Rücktritts des Herrn v. Bronsart die Rede sein konnte. Erfolgreicherweise ist dieses Gerücht von zuständiger Seite bereits als völlig unbegründet bezeichnet worden. — Bei der Fortsetzung der Debatte über das Kapitel von der Naturalversorgung wurde der vorher von Herrn v. Buol ausgeführte Gedanke der Bildung landwirtschaftlicher Genossenschaften zum Zwecke des rationellen Verkaufs der landwirtschaftlichen Produkte an die Militärverwaltung vom Grafen Arnim wieder aufgegriffen, ohne indeß, wie vielfach erwartet war, zu einer agrarischen Debatte in größerem Stile zu führen. Auf der konservativen Seite ist man entschlossen, das Ergebnis der Verhandlungen des Staatsrathes abzuwarten, bevor man agrarische Fragen im Reichstage überhaupt wieder verhandelt; sonst würde man sich die hier gebotene Gelegenheit zur Erörterung agrarischer Wünsche schwerlich haben entgehen lassen. Im Uebrigen hat die Militärverwaltung bekanntlich bereits angeordnet, daß die von ihr benötigten landwirtschaftlichen Produkte möglichst direkt vom Producenten gekauft werden sollen. Die wohlwollende Absicht dieser Anordnung hat in den landwirtschaftlichen Kreisen auch lebhafteste Anerkennung gefunden; um ihr aber die Verwirklichung zu ermöglichen, bedarf es da, wo der landwirtschaftliche Kleinbetrieb herrscht, eine Zusammenfassung der Produktion, da ein direktes Herantreten der Militärverwaltung an jeden einzelnen kleinen Bauern nicht möglich ist, und so erscheint die Bildung von Genossenschaften zu diesem Zwecke allerdings als eine Maßnahme, deren Bedeutung für die Besserung der Lage der Landwirtschaft, obgleich sie zu den „kleinen Mitteln“ gehört, man nicht unterschätzen sollte.

Die Osterferien für die Parlamente sind nicht mehr fern und damit auch das Ende des größeren Theils der gewöhnlichen Sitzungen. Nach dem augenblicklichen Stande der Reichstagsarbeiten ist kaum darauf zu rechnen, daß der Reichstag bis zu diesem Termine auch nur seine wichtigsten Aufgaben zur Er-

ledigung bringt. Von den dem Reichstage schon vor längerer Zeit seitens der verbündeten Regierungen zugegangenen Vorlagen sind, abgesehen vom Reichshaushaltetat für 1895/96, der ja bis zum 1. April fertiggestellt sein muß, nur zwei kleinere Entwürfe, die Zolltarifnovelle und der Entwurf über die im Juni d. J. vorzunehmende Berufs- und Gewerbebeziehung, in den Kommissionen soweit fertiggestellt, daß Berichte darüber vorliegen. Die Mehrzahl der Bundesrathsvorlagen und gerade die wichtigeren und umfangreicheren stehen noch in den Kommissionen und zwar zum größten Theile in einem Stadium, welches eine baldige Erledigung kaum erwarten läßt. Das ist der Fall mit der Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz und zur Strafprozessordnung, mit der sogenannten Umsturzvorlage, mit den auf die Regelung der privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschifffahrt und Fährerei bezüglichen Entwürfen, mit der Novelle zur Gewerbeordnung, mit dem Tabaksteuergezet, mit dem Entwurf über die anderweitige Ordnung des Finanzwesens des Reiches u. s. w. Dazu kommt, daß einzelne Vorlagen von Wichtigkeit, wie der Entwurf, die sich auf die kommunale Weinbesteuerung bezieht, überhaupt noch nicht zur Berathung im Plenum gelangt sind und daß daran gedacht wird, einzelne Gesetzesentwürfe, auf deren baldige Erledigung in weiten Bevölkerungskreisen Werth gelegt wird, noch in der laufenden Tagung an den Reichstag zu bringen. Das Letztere ist mit der Biersenkenreformvorlage und dem Entwurf zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes der Fall. Es ist ja allerdings unter den jetzigen Verhältnissen unsicher, ob es opportun sein wird, diese Entwürfe dem Reichstage noch in der laufenden Tagung zu unterbreiten, immerhin wird daran gedacht. Gegenüber einer solchen Fülle gesetzgeberischen Materials aber, das von den verbündeten Regierungen ausgegangen ist und event. ausgehen wird, wozu noch die aus dem Reichstage selbst hervorgegangenen Entwürfe und Anträge kommen, wird man den Gedanken nicht obwehren können, daß die Arbeiten des Reichstages einen Gang haben, der eine Erledigung sämtlicher Entwürfe kaum in Aussicht stellt. Es wäre deshalb gut, wenn im Reichstage auch diese Frage in Betracht gezogen würde.

Als eine dringende Aufgabe wird es jetzt vielfach in der deutschen Presse bezeichnet, daß die geringen Invalidengehälter der Offiziere niedriger Dienstgrade und die Pensionen der Wittwen der Gefallenen zu erhöhen seien. In nachstehenden Theilen wir eine Zuschrift mit, die ein Kämpfer von 1870/71 an die „Allg. Ztg.“ richtet. Seine Argumente sind bereits bekannt, verdienen aber wieder angeführt zu werden: „Ein Vierteljahrhundert haben wir die Wittwen unserer Gefallenen darben und entbehren lassen, schweigend haben sie ihr hartes Loos getragen, niemand hat bis jetzt im Reichstage ein Herz für sie gehabt. Wir wollen unter Hinweis auf unsere früheren Ausführungen nur nochmals hervorheben, daß wir es des Deutschen Reiches nicht für würdig halten, wenn es der Wittwe eines auf dem Schlachtfelde gefallenen Generals wöchentlich 28 Mk., der Wittwe des gefallenen Landwehmannes wöchentlich etwas mehr als 3 Mk. zum Lebensunterhalt gewährt. Bei den heutigen Preisen aller Lebensmittel aber wird man als das niedrigste, was zum Lebensunterhalt erforderlich ist, 1 Mk. täglich annehmen müssen, und auch dann ist die Wittwe des auf dem Schlachtfelde gefallenen Soldaten noch in keiner glänzenden Lage. Der Reichsinvalidenfonds hat, obgleich infolge der Gesetze vom Jahre 1893 und 1896 eine Minberausgabe gegen das Vorjahr von mehr als 800 000 Mk.; er ist also wohl im Stande, eine Erhöhung der Wittwenpension auf täglich 1 Mk. zu bestreiten. Der Fonds ist auch noch weiter in der Lage, eine Aufbesserung der Pension der Offizierswittwen leisten zu können. Das Deutsche Reich hat im Frankfurter Frieden die Verpflichtung übernommen, die Pension der im Reichelände sich aufhaltenden französischen Offiziere und Mannschaften, sowie von deren Wittwen zu übernehmen, und es werden nun diese Pensionen im Gesamtbetrage von 200 000 Mk. aus dem Invalidenfonds bestritten. Da nun auf diese französischen Pensionäre die französischen vor dem Jahre 1870 erlassenen Gesetze maßgebend sind, so beziehen die Wittwen der französischen Generale Pensionen bis zu 4000 Mk., die Wittwen der französischen Unteroffiziere und Gemeinen aber 250—400 Mk. im Jahre. Es ist also der auffallende Zustand entstanden, daß das Deutsche Reich aus dem mit deutschem Blute erkämpften Invalidenfonds die französischen Pensionäre und die französischen Wittwen besser unterstützt als die des eigenen deutschen Heeres, ein Zustand, der als die größte Ungerechtigkeit erscheint. Wir gehen aber in der Ungerechtigkeit gegen die alten Krieger noch weiter, indem wir aus dem gleichen Fonds unseren Tapfern, die das eiserne Kreuz erster Klasse sich erkämpft haben, großmüthig einen Ehrensold von 36 Mk. jährlich gewähren, den Besigern der französischen Militärdemobille aber 250 Franken, den Rittmännern der Ehrenlegion 300—500 Franken. Man sollte

doch glauben, daß in den verflochtenen 20 Jahren diese Ungleichheit in der Behandlung der eigenen Angehörigen wenigstens zur Sprache gebracht worden wäre, allein auch in dieser Hinsicht ist bis jetzt nichts geschehen; auch nicht ein Reichstagsabgeordneter hat es der Mühe werth gefunden, die Angelegenheiten unserer Invaliden näher zu prüfen und dieses Mißverhältniß aufzudecken. Stolz Denkmäler in Marmor und Bronze hat das deutsche Volk in vielen Städten zur Erinnerung an die Thaten des Heeres, als Denkmäler für die Gefallenen errichtet; viele Millionen sind sicher in den letzten Jahren ausgegeben worden, doch den Beschauer dieser Denkmäler, der in jener großen Zeit mitgekämpft hat, durchdringt der bittere Gedanke, daß wir die Hinterbliebenen jener Tapferen seit 25 Jahren haben hungern lassen. Steine gab man für die Toten, anstatt des Brotes für die Lebenden.“

Acht seefahrende Nationen haben, wie verlautet, bereits offiziell ihre Betheiligung an der Feier zur Eröffnung des Nordostkanals zugesagt und werden insgesamt 30 Kriegsschiffe nach Kiel entsenden. Eine Zusammenstellung der bis jetzt angemeldeten Schiffe läßt das imposante der Flottenschau im Kieler Hafen erkennen. Oesterreich-Ungarn entsendet 3 Panzerschiffe und 2 Kreuzer unter dem Kommando des Erzherzogs Karl Stephan. Italien erscheint mit den Panzerschiffen „Re Umberto“ und „Sardagna“, sowie den Panzerkreuzern „Portenope“ und „Arctusa“ unter dem Befehl der Admirals Accinni; der Herzog von Genua wird das Geschwader begleiten. Spanien läßt sich vertreten durch 4 Panzerschiffe und einen Aviso, Rußland durch 2 Panzer und einen Aviso, Frankreich durch 2 Panzer und einen Aviso, die Vereinigten Staaten von Nordamerika durch die Kreuzer „San Francisco“ und „Mordlehead“, Portugal durch das Panzerschiff „Baco de Gama“ und Norwegen durch das Dampfschiff „Biting“ und 6 erstklassige Torpedoboote.

Frankreich. Die Annahme der Einladung nach Kiel durch die französische Regierung hat in einer der letzten Sitzungen der Deputiertenkammer zu einem durch den Boulangisten Pierre Richard — derselbe, an den Deroulde neulich seinen zornmüthigen Brief richtete — veranlaßten Zwischenfall geführt, von dem eine Drathmeldung kurz Erwähnung gethan hat. Jetzt liegt darüber der nachstehende ausführlichere Bericht vor: „Der ehemalige Boulangist Pierre Richard konnte sich nicht enthalten, die Kieler Einladung in der Kammer zur Sprache zu bringen. Ministerpräsident Ribot hatte sein Beträubnis über die Rede ausgedrückt, in der Jaures ausgeführt hatte, daß Demostraite und Sozialismus einerseits und ein starkes geborntes Berufsheer andererseits unversöhnliche Gegensätze seien. Da sprang Richard auf die Rednerbühne und rief: „Da der Herr Ministerpräsident sich eben sehr erregt erhoben und gegen Jaures Worte Verwahrung eingelegt hat, empfinde nun auch ich das Bedürfnis, gegen seine Entrüstung Verwahrung einzulegen, wenn ich sehe, wie die Regierung diesem Lande die grausamste Demüthigung zufügt, die es seit unseren Niederlagen erlitten hat.“ (Großer Lärm). Vorsitzender Driffon: „Ich kann es nicht hingehen lassen, daß Sie sagen, die Regierung habe Frankreich eine Demüthigung zugefügt. (Lobhafter Beifall.) Ich bitte Sie, Ihre Sprache zu mäßigen.“ Richard: „Gut, ich sage also nicht mehr, daß die Regierung diesem Lande die grausamste Demüthigung zufügen will, die es seit 1870 erlitten, aber das Land wird es statt meiner sagen. Wenn man das Heerforderniß erdetet, so soll man doch dem Volke das Ziel nicht verbunkeln, um dessentwillen es seit 25 Jahren schwere Opfer bringt. Die Kammer möge mich entschuldigen, wenn ich einige übermäßig heftige Worte gebraucht habe; ich bin aber tief erregt über die der Regierung zugesandene Absicht und will noch hoffen, daß sie sie nicht verwirklichen wird.“

Vaterländisches.

Wilsdruff, 11. März. Heute Nachmittag 1/3 Uhr wurde die im Hotel Adler hier tagende Bezirksversammlung der landwirtschaftlichen Vereine Guts, Kesselsdorf, Tanneberg, Weistroppe und Wilsdruff durch Herrn Rittergutsbesitzer Andra als Vorstand des Vereins Wilsdruff mit herzlichsten Begrüßungsworten eröffnet. Er betonte zunächst, daß dies der 1. Bezirkstag Wilsdruff sei und wünschte ihm eine recht lange und gedeihliche Zukunft. Als Ehrgäste waren erschienen: als Vertreter der Regierung Herr Regierungsrath Münzner und der Vorsitzende des Dresdener Kreisvereins Delonomierath Käferlein. Dieselben wurden wie der Herr Vortragende Prof. Dr. Kirchner-Leipzig aufs herzlichste begrüßt. Die Versammlung war trotz der schlechten Witterungsverhältnisse recht gut besucht. Herr Andra sprach in überaus interessanter Weise zunächst über die Tuberkulinimpfung als